



## 6. **Postulat Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 20. August 2007 betreffend die Einholung von Generalvollmachten zur Akteneinsicht bei anderen Amtsstellen bei Sozialhilfeempfangenden im Sozialamt Langenthal; Stellungnahme**

### **I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und stillschweigend genehmigt.

### **II Detailberatung:**

**Gemeinderat Kurt Blatter** ist für die Einreichung des Vorstosses froh, da dem Gemeinderat damit die Möglichkeit gegeben werde, sich mit den im Datenschutz bestehenden Unsicherheiten auseinanderzusetzen. Ziel des Postulats sowie des Gemeinderats sei, in dieser Frage Klarheit zu schaffen, was man dürfe und könne.

Der Gemeinderat empfehle das Postulat erheblich zu erklären, was aber nicht als Misstrauen gegenüber den Sozialleistungsempfangenden gesehen werden dürfe. Mit der Erheblicherklärung wolle der Gemeinderat Klarheit und Gewissheit für sich sowie für die Bevölkerung schaffen. Die Erheblicherklärung des Postulats heisse aber nicht, dass die Sozialhilfeforderungen künftig zurück gehen würden, da sich die Betrügereien wenn überhaupt - in einem sehr kleinen Rahmen bewegen würden.

**Reto Steiner, GPK-Präsident**, bestätigt die formelle Richtigkeit der Vorlage.

**Beat Sterchi, SVP-Fraktion**, merkt vorweg an, von den Lehrern, Stadtratspräsident Armin Flükiger und Gemeinderat Kurt Blatter, zu erwarten, dass sie ihr Versprechen den anwesenden Schülern gegenüber einhalten und diese nach dem jetzt zu behandelnden und vorgezogenen Traktandum aus der Sitzung zu entlassen, obwohl noch nicht 21.00 Uhr sei.

Er dankt dem Gemeinderat und dem Sozialamt für das dem Anliegen entgegengebrachte Verständnis. Sämtliche an die Öffentlichkeit gekommenen Missbrauchsfälle anderer Städte hätten sich mit einer funktionierenden Zusammenarbeit und einem geregelten Informationsaustausch auf einfache Weise verhindern lassen. Ein Datenschutz, der die Zusammenarbeit der Behörden und den zur Fallbehandlung erforderlichen Informationsaustausch verhindere, diene weder dem ehrlichen Sozialhilfeempfangenden noch den Sozialämtern.

Mit dem Postulat soll erreicht werden, dass in Langenthal vernünftig unter den Behörden zusammengearbeitet werden könne. Soweit er es beurteilen könne, gehe dies offensichtlich nur, wenn ein Sozialhilfeempfangender eine Generalvollmacht erteile, damit bei Bedarf alle relevanten Informationen bei den verschiedenen Amtsstellen eingeholt werden können. Wenn ein Sozialhilfeempfangender bereit sei, mit dem Sozialamt zusammen zu arbeiten, werde er diese Einwilligung ohne Zögern erteilen. Und diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit erachte er als Grundvoraussetzung für eine spätere Integration und ein künftiges Leben ohne Sozialhilfe, was ja das Hauptziel jeder fürsorglichen Massnahme sein müsste.

**Michèle Rentsch-Ryf, EVP-Fraktion**, stellt fest, dass immer wieder Fälle von Sozialhilfemissbrauch bekannt würden. Egal wie hoch beziehungsweise tief die Missbrauchsrate sei, Fälle dieser Art würden Aufmerksamkeit und das Vertrauen der Steuerzahlenden erregen. Auch die EVP-Fraktion sei deshalb der Meinung, dass es nötig sei, ein Zeichen zu setzen und spreche sich für eine klare Bekämpfung von Missbrauch aus. Mit einem transparenten Informationsaustausch zwischen verschiedenen Amtsstellen wäre ein Schritt in die richtige Richtung getan. Damit würde auch die grosse Gruppe der ehrlichen Sozialhilfeempfangenden geschützt, was ebenso wichtig erscheine. Die EVP-Fraktion unterstütze das vorliegende Postulat einstimmig.

**Fritz Fiechter, SP/GL-Fraktion**, schliesst sich der Aussage seiner Vorrednerin an und stimmt dem Postulat namens der SP/GL-Fraktion zu.



# Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. November 2007

**Beatrice Lüthi, FDP/jll-Fraktion**, erklärt namens der FDP/jll-Fraktion, die Prüfung der Möglichkeiten bei staatlichen Arbeitsstellen Informationen einzuholen im Sinne des Postulats zu unterstützen. Auch die FDP/jll-Fraktion verlange entsprechende Transparenz von denen, die etwas wollen und halte diese für angebracht. Zudem würde Transparenz den ehrlichen Sozialhilfeempfängenden Schutz bieten. Trotz allem müsse aber klar sein und Gewähr bestehen, dass die, die - aus welchen Gründen auch immer - nicht freiwillig "gläsern" sein wollten, nicht vorverurteilt werden dürften. Zudem bleibe zu hoffen, dass die Büchse der Pandora nicht geöffnet werde, um im Bereich der Steuern ebenso vorzugehen.

**Gemeinderat Kurt Blatter** stellt fest, den anwesenden Schulklassen den Begriff Gewaltentrennung mittels der Bemerkung von Stadtrat Beat Sterchi beziehungsweise dessen Erwartung betreffend das Versprechen der Lehrer gegenüber den anwesenden Schülern veranschaulichen zu können: Als Gemeinderat habe er nicht über den Stadtrat zu bestimmen und Stadtrat Beat Sterchi habe nicht über die anwesenden Schüler seiner Klassen zu bestimmen! Weil der Stundenplan es so vorsehe, könne er seine Schüler der BVS-Klasse nicht vor 21.00 Uhr gehen lassen.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- 1. Das Postulat Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 20. August 2007 betreffend die Einholung von Generalvollmachten zur Akteneinsicht bei anderen Arbeitsstellen bei Sozialhilfeempfängenden im Sozialamt Langenthal, wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

**Stadtratspräsident Armin Flükiger** merkt an, dass die Schulklassen der Realschule Kreuzfeld freiwillig anwesend seien und diesen die Zeit nicht angerechnet werde. Er hoffe, dass die Schülerinnen und Schüler die Sitzung als spannend erachten und bis um 21.00 Uhr bleiben werden.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-